

## Inhalt

### Gesundheitspolitik

- GKV/DGB Studie: DGB fordert Rückkehr zur Parität

### Alterssicherungspolitik

- DGB-Kampagne „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“

## Veröffentlichungen

## Termine



Annelie Buntenbach  
(Mitglied des  
geschäftsführenden  
Bundesvorstandes)

### Unser Team.

Petra Köhler	Heike Inga Ruppender, Maxi Spickermann, Nadine Sasse	Markus Hofmann	Ingo Schäfer	Christina Sonnenfeld	Knut Lambertin	Marco Frank	Annika Wörsdörfer	Sonja König	André Schönewolf
Sekretariat Annelie Buntenbach 24060-260	Sekretariate Sozialpolitik 24060-725 24060-743 24060-712	Abteilungsleiter Sozialpolitik	Alterssicherung, Rehabilitation, Seniorenpolitik	Koordination Renten- kampagne	Gesundheits- politik, Kranken- versicherung	Pflege- politik, Selbst- verwaltung	Arbeits- und Gesundheits- schutz	Prävention, Unfall- versicherung, Europäischer Arbeitsschutz	Büroleitung

## Gesundheitspolitik

Gesetzliche Krankenversicherung/DGB-Studie: Gesundheitskosten sind extrem ungleich verteilt.

DGB fordert Rückkehr zur paritätischen Finanzierung

Nach Schätzungen des GKV-Spitzenverbands werden die Kosten im Gesundheitswesen in den nächsten Jahren um 19 Milliarden Euro steigen. Wenn sich an der aktuellen Gesetzeslage nichts ändert, müssen dafür ausschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufkommen. Auf Durchschnittsverdiener kommen allein durch die Zusatzbeiträge der Krankenkassen Mehrkosten von bis zu 855 Euro im Jahr zu. Das hat eine DGB-Studie ergeben, die von SPIEGEL Online aufgegriffen worden ist.

### **Abschied von der paritätischen Finanzierung**

Gedacht war das mal ganz anders: Bei der Wiedereinführung der Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland wurde die Parität bei den Beträgen beschworen. Weil es sich um Erträge handele, die der Wirtschaft entnommen seien, seien die Sozialpartner gemeinsam dafür verantwortlich. Davon ist heute keine Rede mehr: Im Jahr 2005 hat die damalige Bundesregierung die paritätische Beitragsfinanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abgeschafft und einen Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt. Dieser wurde 2011 in einen monatlichen Zusatzbeitrag umgewandelt – und gleichzeitig der Arbeitgeberbeitrag bei 7,30 Prozent eingefroren.

### **Zusatzbeiträge steigen weiter**

Seit 2015 darf jede Krankenkasse, deren Ausgaben nicht durch die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds abgedeckt werden, von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag verlangen und die Höhe individuell festlegen. Im Schnitt zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute rund 8,4 Prozent ihres Bruttoeinkommens an die Gesetzliche Krankenversicherung, die Arbeitgeber nach wie vor 7,3 Prozent. Aktuell liegt der Zusatzbeitrag, den Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an ihre Krankenkasse abführen, im Schnitt bei 1,1 Prozent. DurchschnittsverdienerInnen haben dadurch rund 358 Euro pro Jahr weniger in der Tasche. Und: Experten rechnen damit, dass die Mehrbelastung in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen wird.

### **Immer mehr Kosten müssen privat getragen werden**

Ein weiterer Punkt: Nicht nur die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung steigen, sondern auch die übrigen Gesundheitskosten. In den letzten Jahrzehnten wurden viele Leistungen aus der Gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert, zum Beispiel Zahnersatz für Erwachsene oder die Pflegeversicherung. Immer mehr Kosten für Dienstleistungen, Arzneimittel oder Heil- und Hilfsmittel müssen von abhängig Beschäftigten privat getragen werden. Im Jahr 2014 waren das bereits 43,19 Milliarden Euro.

### **Ungerechte Verteilung der Lasten**

Rechnet man beide Punkte – die Aufwendungen für Sozialversicherungen und die weiteren Gesundheitsausgaben – zusammen, zeigt sich, wie ungleich die Lasten verteilt sind: Arbeitgeber zahlen 74,28 Milliarden Euro, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 137,15 Milliarden Euro.

### **Beschäftigte müssen dringend entlastet werden**

Um diese strukturell ungerechte Lastenverteilung zu beenden, fordert der DGB die Regierungskoalition auf, umgehend zur paritätischen Finanzierung der GKV-Beiträge zurückzukehren. Nötig ist außerdem ein Versicherten-Stärkungsgesetz in der GKV, in dem finanzielle Lasten und Entscheidungskompetenzen gerechter geregelt werden. So muss zum Beispiel klar getrennt werden zwischen staatlichen Aufgaben, die aus Steuern finanziert werden, und Sozialversicherungsaufgaben, die aus Beiträgen finanziert werden. Längerfristig strebt der DGB die Einführung einer Bürgerversicherung in der GKV an.

DGB-Kurzstudie: „Die finanziellen Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch Gesundheit und Pflege.“ Kurzstudie und weitere Informationen unter:

<http://www.dgb.de/themen/++co++85b595ee-69fd-11e6-8c9f-525400e5a74a>

## Alterssicherungspolitik

### Kampagne „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“

Die Kampagnen-Webseite [www.rente-muss-reichen.de](http://www.rente-muss-reichen.de) ist online. Dort stellt das Kampagnenteam stetig neues Kampagnen- und Argumentationsmaterial ein, wie beispielsweise den Kampagnenfilm des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, der dort zum Download bereit steht.

Die Kampagne war ab dem 7. September mit großen Anzeigen in ausgewählten zentralen Medien (Süddeutsche Zeitung, F.A.Z., taz, Berliner Zeitung, Der Tagesspiegel, alle online & offline, sowie am 06.09. auf Spiegel Online) vertreten, damit die Anliegen des DGB zum Start in der Öffentlichkeit präsent sind.

Am 20. September fand die Veranstaltung „Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!“ in Berlin statt. Der DGB hat seine Vorschläge, wie die Rente für die Zukunft fit gemacht werden kann, der breiten Öffentlichkeit präsentiert und mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik diskutiert. Auch die Bundesarbeitsministerin hat dazu einen Beitrag geleistet. Die Veranstaltung wurde dokumentiert. Ein entsprechender Film findet sich auf der Kampagnenseite.

Die DGB-Rententagung hatte breite mediale Wirkung. Annelie Buntenbach setzte mit einem Interview in den „Informationen am Morgen“ (Deutschlandradio) das Thema. Tagsüber haben u. a. Tagesschau und Phoenix „Vor Ort“ berichtet. In den ARD-Tagesthemen war die Tagung eine Nachricht. Am 21. September war die Veranstaltung Thema in vielen regionalen und überregionalen Zeitungen, darunter Handelsblatt, FAZ und Süddeutsche. Die Berliner Zeitung brachte es auf den Punkt: „Die Kampagne der Gewerkschaften ist noch gar nicht richtig angelaufen, da zeigt sie schon erste Wirkung. Ungewohnt deutlich setzt sich Sozialministerin Andrea Nahles von den rot-grünen Rentenreformen des vergangenen Jahrzehnts ab ...“

Bereits jetzt kann man also sagen, dass die Kampagne Wirkung zeigt. Denn inzwischen ist es keine Frage mehr, ob das Rentenniveau stabilisiert wird, sondern lediglich, in welcher Höhe die Haltelinie gezogen wird. Auch die Ministerin hat dazu auf der Rententagung starke Aussagen gemacht. Der DGB wird die Kampagne über das kommende Jahr am Laufen halten und gezielt Akzente setzen, um den Diskurs weiter zu bestimmen und den Druck auf die Politik aufrecht zu erhalten.

## Termine

### Deutsche Plattform für globale Gesundheit/DGB:

#### Krankes System? Perspektiven für eine gerechte Gesundheitspolitik.

Über die Folgen einer Gesundheitspolitik, die von einer betriebswirtschaftlichen Logik geleitet und nicht auf die existenziellen Grundbedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.

In diesen Tagen beginnt der Prozess gegen einen deutschen Kinderarzt, der in Kooperation mit der Pharmaindustrie Medikamente an Kindern getestet hat, ohne die Eltern zu informieren und sich damit einen Nebenverdienst sicherte. In Kenia werden immer wieder Frauen nach der Geburt im Krankenhaus festgehalten und nicht medizinisch versorgt, weil sie die Rechnung nicht bezahlen können. So unterschiedlich die Fälle sind, an ihnen lassen sich exemplarisch die Folgen einer Gesundheitspolitik ablesen, die von einer betriebswirtschaftlichen Logik geleitet und nicht auf die existenziellen Grundbedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.

Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut; der Zugang zu Gesundheitsversorgung ein Menschenrecht, zu dessen Verwirklichung sich die Staatengemeinschaft verpflichtet hat. Doch in der nationalen und internationalen Gesundheitspolitik gewinnen privatwirtschaftliche Akteure und Prinzipien zunehmend an Einfluss. Auch der World Health Summit räumt ihnen einen zentralen Stellenwert ein. Welche Auswirkungen hat die zunehmende Privatisierung eines öffentlichen Guts auf die Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung, auf die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals und nicht zuletzt den Zugang zu Gesundheit für Alle? Von welchen Interessen werden sie geleitet?

Über diese Frage möchten wir mit Fachleuten aus der Wissenschaft und Gewerkschaften, mit Vertreterinnen und Vertretern aus sozialen Bewegungen und NGOs debattieren und dabei Ansätze einer Re-Politisierung und Re-Demokratisierung der Gesundheitspolitik aufzeigen, um das Ziel einer vom Wohl der Menschen bestimmten globalen Gesundheitspolitik nicht aus dem Blick zu verlieren.

Termin: 10. Oktober 2016, 17.00 bis 20.00 Uhr, Ort: DGB Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin.

Weitere Informationen unter: <https://www.medico.de/termin/2016-10-10/krankes-system-perspektiven-fuer-eine-gerechte-gesundheitspolitik-115/details/>

Zur Anmeldung: <https://www.taseko-web.de/kunden/dgb/webanmeldung/anmeldedaten?Konferenznummer=0027&Ebenenummer=1000>

## WSI-Herbstforum 2016:

### 70 Jahre WSI: Gesellschaft im Umbruch

„Im Jahr 1946 wurde das Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WWI) des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegründet. Aufgrund seines erweiterten Forschungsspektrums wurde es 1972 in Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) umbenannt. Im Jahr 1995 wurde das WSI in die Hans-Böckler-Stiftung eingegliedert. WissenschaftlerInnen aus Ökonomie, Politik- und Sozialwissenschaften sowie Recht arbeiten gemeinsam an wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragestellungen, die insbesondere für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften relevant sind. In diesem Jahr möchten wir das 70-jährige Bestehen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen des WSI-Herbstforums feierlich begehen. Wir wollen unser Jubiläum dazu nutzen, einen Blick auf die Geschichte des WSI zu werfen. Vor allem möchten wir die künftigen Aufgaben einer Sozialforschung diskutieren, die einen Beitrag dazu leisten will, Lösungen für Arbeitsmarktprobleme anzuregen, die soziale Sicherung zu verbessern und die Lebenschancen der Menschen insgesamt gerechter zu gestalten. Dazu laden wir Gäste aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik und Gesellschaft sowie Freundinnen und Freunde des WSI herzlich ein.“ (WSI)

Termin: 23. und 24. November 2016; Ort: Kalkscheune, Berlin.

Programm und Anmeldung unter: [http://www.boeckler.de/veranstaltung\\_66213.htm](http://www.boeckler.de/veranstaltung_66213.htm)

## Veröffentlichungen

### **Knut Lambertin: Selbstständige und Krankenversicherung: Viele haben Beitragsschulden – Was kann getan werden?**

#### **Lesetipps**

#### **Was bringt die Flexi-Rente?**

Die Regierungskoalition will mehr und flexiblere Übergänge vom Arbeitsleben in die Rente ermöglichen. Dazu hat sie den Entwurf für ein „Flexirentengesetz“ auf den Weg gebracht. Damit sollen ab 2017 die Kombination von Teilrente und Teilzeit, die Arbeit jenseits der Regelaltersgrenze und der Ausgleich von Rentenabschlägen attraktiver werden. Was bringt das älteren Arbeitnehmern? Und wo liegt der tatsächliche Reformbedarf? Antworten dazu liefert Norbert Fröhler von der Universität Bamberg in der Ausgabe 9/2016 der Sozialen Sicherheit. Mehr unter: <http://www.bund-verlag.de/zeitschriften/soziale-sicherheit/>

Anfang Juli wurde ein neuer Rekord bei den Beitragsschulden von Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gemeldet: Rund 4,5 Mrd. Euro schulden beitragspflichtige Mitglieder den Krankenkassen. Der Löwenanteil der Schulden stammt von Selbstständigen. Seit einigen Jahren sind vor allem Selbstständige, die ihre Krankenversicherungsbeiträge nicht zahlen, immer wieder Thema sozialpolitischer Debatten – auch nach der letzten Gesetzesänderung zum Thema Beitragsschulden. Wie ist die derzeitige (rechtliche) Situation? Wie berechnen sich die GKV-Beiträge für Selbstständige? Was kann gegen eine übermäßige Beitragsbelastung von Selbstständigen getan werden – ohne gleichzeitig die anderen GKV-Mitglieder in der Solidargemeinschaft zu überfordern? Am Ende wird eine pragmatische Lösung vorgeschlagen, für die bereits ein funktionierendes Vorbild existiert.

Der gesamte Artikel ist in der August-Ausgabe der „Sozialen Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales“ zu finden und kann hier einzeln bestellt werden: [http://bund-verlag.110eco.de/bund-verlag-fachartikel/bund-verlag-fachartikel\\_fcs/ba\\_3SoSi20161315/@@sfk\\_eingabe](http://bund-verlag.110eco.de/bund-verlag-fachartikel/bund-verlag-fachartikel_fcs/ba_3SoSi20161315/@@sfk_eingabe)

**Nick Kratzer/Wolfgang Menz/Knut Tullius/Harald Wolf:**  
**Beschäftigte wollen Gerechtigkeit – und einen effizient geführten Betrieb. Ansprüche an Erwerbsarbeit und interessenpolitisches Mobilisierungspotenzial.**  
(Forschungsförderung Policy Brief, Nr. 2, Februar 2016.)

„Die Ansprüche von Beschäftigten an Erwerbsarbeit sind vielfältig, doch Leistungsgerechtigkeit bleibt bei den Beschäftigten der zentrale Anspruch im Betrieb. Beteiligungsansprüche beziehen sich auf das eigene Arbeitsumfeld und werden an die Interessenvertretung weitergeleitet. Hoch geschätzt wird innerhalb des Betriebs ein respektvolles Miteinander und eine Angemessenheit im Umgang mit individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten. Jedoch formulieren die Beschäftigten ebenso deutlich, dass Unternehmen rational handeln sollen, um den Arbeitsplatz und das Einkommen der Beschäftigten zu sichern. Dazu wird eine ökonomische Rationalität und auch technische Rationalität eingefordert, die sich an nachvollziehbaren Abläufen orientiert.“ (Hans-Böckler-Stiftung)

Herunter zu laden unter: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_fofoe\\_pb\\_002-02-2016.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_pb_002-02-2016.pdf)

**Lea Elsässer und Armin Schäfer:  
Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among  
Occupational Groups in Germany.**

(MPIfG Discussion Paper 16/3. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 2016.)

„In diesem Discussion Paper greifen wir die aktuelle Debatte über die politische Unterrepräsentation der Arbeiterklasse auf. Im Literaturteil stellen wir Kernargumente der Theorien deskriptiver Repräsentation dar und verknüpfen diese mit aktuellen Studien aus der empirischen Responsivitätsforschung. Im empirischen Abschnitt analysieren wir einen von uns erstellten Datensatz mit mehr als 700 Sachfragen, die jeweils nach der Zustimmung oder Ablehnung einer vorgeschlagenen Politikänderung fragen. Die Sachfragen stammen aus Umfragen, die zwischen 1980 und 2012 erhoben wurden. Wir zeigen, dass sich die Befragten innerhalb einer sozialen Klasse in ihren Einstellungen systematisch ähnlicher sind als Befragte aus unterschiedlichen sozialen Klassen. Zudem sind Einstellungsunterschiede zwischen sozialen Klassen größer als zwischen anderen sozialen Gruppen (Bildung, Region, Geschlecht); sie betragen häufig mehr als 20 oder 30 Prozentpunkte. Da Arbeiter sich von den Gruppen unterscheiden, die zahlenmäßig stark im Parlament vertreten sind, könnte dies vermehrt zu Politikentscheidungen entgegen ihren Interessen führen.“ (Lea Elsässer und Armin Schäfer)

Herunter zu laden unter:

[http://pubman.mpdl.mpg.de/pubman/item/escidoc:2255579:1/component/escidoc:2255577/mpifg\\_dp16\\_3.pdf](http://pubman.mpdl.mpg.de/pubman/item/escidoc:2255579:1/component/escidoc:2255577/mpifg_dp16_3.pdf)

---

Bestellen können Sie unseren Newsletter auf unserer Homepage unter folgender Adresse:

<https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>